

Gute Gesundheitsversorgung für unsere Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim

Thesenpapier des CDU Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland zur Gesundheitspolitik

Die ambulante und stationäre medizinische Versorgung muss im Bezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim sichergestellt werden. Deshalb wird die Einrichtung der Enquetekommission zur Gesundheitspolitik durch den Niedersächsischen Landtag begrüßt.

Die CDU im Bezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim fordert zur Sicherstellung

- a) der ärztlichen Versorgung besonders mit Hausärzten:
 - den Ausbau der Medizinstudienplätze in Niedersachsen
 - die Zulassungsvoraussetzungen für das Medizinstudium so zu ändern, dass Berufs- und Praxiserfahrungen im Gesundheitswesen stärker berücksichtigt werden.
 - die Ausbildung in den klinischen Semestern auch im Bezirk Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim
 - die verstärkte Durchführung von Ausbildungsphasen in Arztpraxen
 - die Weiterentwicklung von Stipendienprogrammen und Beratungsangeboten sowie der Niederlassungsförderung und anderer Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung
 - die stärkere Entlastung der Ärzte durch Delegation von Aufgaben an andere Gesundheitsfachberufe
 - die Ausweitung der Telemedizin
 - die Einrichtung eines attraktiven niedersächsischen Programms für den Quereinstieg von Ärzten zur Weiterbildung zum Hausarzt
 - die Kassenärztliche Vereinigung um eine gleichmäßigere Verteilung der Arzt- und Facharztsitze innerhalb eines Versorgungsbereiches zu bitten
- b) der Pflege:
 - den Abschluss eines Tarifvertrages Soziales
 - die auskömmliche Finanzierung der Wegepauschalen durch die Pflegekassen
 - Niedersachsen erkennt Examen aus anderen Bundesländern an
 - den Abbau von Dokumentationspflichten und die Entwicklung innovativer Versorgungsansätze
- c) der stationären Versorgung:
 - das Vorhalten von Krankenhäusern mit hoher Qualität in der Fläche
 - die Notfallversorgung entsprechend den Vorschlägen der Bundesregierung zu reformieren, dabei aber regionale Organisationsformen, die sich bewährt haben, weiterhin zu ermöglichen
 - Niedersachsen prüft die Anhebung der Investitionskostenzuschüsse für Kurzzeitpflegeplätze
- d) der Hebammenversorgung:
 - die Ausweitung der Kapazitäten an der Hochschule Osnabrück
 - die Fortführung des Aufbaustudiums in Osnabrück, so lange ein Bedarf besteht
- e) des öffentlichen Gesundheitswesens (ÖGD):
 - das Ergreifen von Maßnahmen, um die dritte Säule im Gesundheitssystem zu erhalten
 - die Förderung von Präventionsmaßnahmen in den Schulen

Die Zusammenarbeit in den Gesundheitsregionen soll verbessert werden, um eine bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.